



Umweltdepartement des Kantons Schwyz
Herr Regierungsrat Andreas Barraud
Postfach 1252
6431 Schwyz

6410 Goldau, 27. Januar 2010

Vernehmlassung zur Änderung der kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz betreffend „Kantonsbeitrag an die Altlastensanierungen von Schiessanlagen“

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur geplanten Änderung der kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz betreffend „Kantonsbeitrag an die Altlastensanierungen von Schiessanlagen“ Stellung nehmen dürfen.

Im Allgemeinen:

Die vom Kantonsrat am 22. Oktober 2008 erheblich erklärte Motion „Kantonsbeitrag an die Altlastensanierungen der Schiessanlagen“ bezweckt die finanzielle Mitbeteiligung des Kantons an den Kosten für die Altlastensanierungen. Viele Gemeinden und Bezirke sowie Schützenvereine, welche die Altlastensanierungen umsetzen müssen, können neben dem Bundesbeitrag nicht alleine für die grossen finanziellen Lasten aufkommen. Aus diesem Grunde wurde verlangt, dass sich auch der Kanton an diesen Kosten beteiligen soll. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass zwar die Gemeinden für das ausserdienstliche Schiesswesen zwingend die Infrastrukturen (Schiessanlagen) zur Verfügung stellen mussten, es sich jedoch um eine Aufgabe des ganzen Staatswesens handelt (Bund, Kanton und Gemeinden/Bezirke). Deshalb ist aus unserer Sicht eine Kostenbeteiligung des Kantons gerechtfertigt.

Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Änderungen:

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird zufolge einer verzerrenden Pauschalierung das Risiko der höheren Kosten einseitig zu Lasten der Gemeinden gelöst.

Die Vorgabe, wonach die Sanierung einer Scheibe auf einem 300-m-Stand Fr. 20'000.- kosten soll, ist mehr als zweifelhaft. Erfahrungszahlen bestätigen, dass zu Lasten der Vereine und Gemeinden mit weit höheren Kostenanteilen gerechnet werden muss.

Der Kanton Schwyz bzw. dessen Amt für Umweltschutz legt mit vielen Details und Auflagen fest, was und wie die Sanierung der Schiessanlagen zu erfolgen hat. Die Gemeinde und die Vereine haben die entsprechenden Anordnungen umzusetzen und die Anteilsmässigen Kostenfolgen zu tragen.

Die Erfahrung zeigt, dass alle, welche mitreden und mitentscheiden, auch an den Kosten angemessen beteiligt sein sollten. Denn nur so wird das Kostenbewusstsein für pragmatische und kostengünstige Lösungen geschärft.

Die vorliegende Lösung mit der pauschalierenden Abgeltung von maximal Fr. 6'000.— bzw. Fr. 4'800.-- pro Scheibe verteilt das eklatante Kostenrisiko faktisch auf die Gemeinden. Es ist nämlich davon auszugehen, dass mit dieser Limitierung des Kantonsbeitrages bei weitem nicht 50 % der Restkosten (nach der Abgeltung des Bundes) übernommen werden.

Wir beantragen, dass der Kanton Schwyz ohne Limite nach Abzug des Bundesbeitrages generell 50 % der anrechenbaren Kosten übernehmen soll. Die detaillierte Berechnung für den Kantonsbeitrag ist ohnehin nötig, weil selbst mit der vorgeschlagenen Lösung bewiesen werden muss, dass mit den 30 % bzw. 24 % die Maximallimiten erreicht werden.

Weiter begrüßen wir im Sinne der Rechtsgleichheit auch, dass diese Beiträge für alle sanierten Anlagen, welche nach dem 1. Januar 2001 saniert worden sind, ebenfalls ausbezahlt werden.

Wir sind überzeugt, dass die Gemeinden und Bezirke mit der finanziellen Mitbeteiligung des Kantons die noch ausstehenden Altlastensanierungen bei den Schiessanlagen im Falle einer Parlamentarischen Zustimmung zu dieser Vorlage zügig an die Hand nehmen und die belasteten Bodenschichten somit schneller und nachhaltiger von diesen Schadstoffen befreit werden.

Für die uns gebotene Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns im Voraus und sichern eine aktive Mitarbeit in der kantonsrätlichen Kommission zu.

Mit freundlichen Grüssen

Stefan Aschwanden
Präsident

Andreas Meyerhans
Fraktionschef